

Preis...
1.00
2.00
3.00
4.00
5.00
6.00
7.00
8.00
9.00
10.00
11.00
12.00
13.00
14.00
15.00
16.00
17.00
18.00
19.00
20.00
21.00
22.00
23.00
24.00
25.00
26.00
27.00
28.00
29.00
30.00
31.00
32.00
33.00
34.00
35.00
36.00
37.00
38.00
39.00
40.00
41.00
42.00
43.00
44.00
45.00
46.00
47.00
48.00
49.00
50.00
51.00
52.00
53.00
54.00
55.00
56.00
57.00
58.00
59.00
60.00
61.00
62.00
63.00
64.00
65.00
66.00
67.00
68.00
69.00
70.00
71.00
72.00
73.00
74.00
75.00
76.00
77.00
78.00
79.00
80.00
81.00
82.00
83.00
84.00
85.00
86.00
87.00
88.00
89.00
90.00
91.00
92.00
93.00
94.00
95.00
96.00
97.00
98.00
99.00
100.00

Bezugspreise:
Für sechs monatlich bei vorläufiger
Kaufung 3.00 Mark, vierteljährlich
1.50 Mark, durch die Post 7.50 Mark
auschl. Anstellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich. Zeitungsgesetz unter
Einschluss eingetragener. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Hochdruck nur mit der
Genehmigung. Einzelhefte 10 Pf.
Statt. Ferner der Geschäftsleitung Nr.
1140 der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
u. 74. 1. der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 6 Spalten 24 mm breite
Zeile kostet 10 Pf. über 24 mm Raum
30 Pf. und Reklamen die Zeile mit
Wiederholung 60 Pf. An-
zeigen nehmen an unsere
Geschäftsleitung u. für die Anzeigen-
leitung in der Geschäftsleitung. 5 Pf. u.
Erchein täglich 1 mal. Sonn-
tag und Montag 1 mal.
Schließung und Haupt-Ge-
schäftsleitung: Halle, Neue Promen-
ade 10. der Geschäftsleitung: Große
Mühlstraße 52 und Markt 24.
Verlags-Redaktion Leipzig Nr. 4000.

Nr. 46.

Halle, Mittwoch, den 28. Januar 1920.

Einzelpreis 15 Pf.

Deutsche Mahnworte nach Paris.

Eine deutsche Note über die Auslieferungsforderung.

Berlin, 28. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Reichsregierung hat, wie die „B. Z.“ erfährt, in Paris eine Note über die Auslieferungsforderung überreicht. In dieser Note werden alle Momente der inneren und äußeren Politik, die gegen die Auslieferung der von der Entente beschuldigten Personen sprechen und die in den letzten Monaten und Wochen den Vertretern der Entente mündlich dargelegt worden sind, schriftlich noch einmal ausführlich erklärt. Da nach den Zeitungsmeldungen die Frage der Auslieferung der Schuldigen gegenwärtig von den leitenden Ententevertretern entschieden werden soll, kommt diese zusammenfassende Darlegung des deutschen Standpunktes öffentlich noch zur rechten Zeit.

Frankzösische Stimmen zur Auslieferung.

Paris, 28. Januar. Das „Journal des Debats“ legt zur holländischen Antwort in der Frage der Auslieferung des Ex-Kaisers: Man möchte anerkennen, daß die holländische Thesen hat. Freilich fordert sie keine Kritik heraus. Walter Ulmer, der Spezialist des internationalen Rechts, zeigt das in einer eingehenden Prüfung der holländischen Antwort, die bereits im „Kraantings“ widerprochen wurde. Er führt hinzu, daß als Druckmittel gegen Holland nur die Anwendung der freiwirtschaftlichen Forderungen, die zwar ihren Kriegszustand noch sich richte, aber einen unerschütterlichen Akt darstelle. Er behauptet diese Mittel als übertrieben und gefährlich. Deutschland sei rechtlich ebensowenig berechtigt, die Auslieferung des Kaisers von Holland zu verlangen. Holland könne Deutschland mit den gleichen Argumenten antworten, wie den Vätern der Entente. Damit Deutschland von Holland die Auslieferung des Kaisers verlangen könnte, müßte Wilhelm II. des Diebstahls, des Mordes oder eines gemeinen Verbrechens angeklagt sein, das im deutschen Strafgesetzbuch mit Strafe bedroht ist. Wenn die Alliierten Kaiser Wilhelm in Völkervereinigung aburteilen könnten, müßte ein Spezialgerichtshof eingesetzt werden. Aber auch das sei vage, denn es sei dem, vor einem neuen Gerichtshof wegen eines neuen Delikts erscheinend zu müssen, dessen Bestrafung ganz in das Belieben der Richter gestellt sei.

Das Befinden Erzbergers.

Berlin, 28. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Das Befinden des Reichsfinanzministers Erzberger hat sich gegen gestern fast gar nicht geändert. Die behandelnden Ärzte Prof. Dr. Meisch und Prof. Dr. Silbebrandt haben heute vormittag gemeinsam den Patienten untersucht. Die Erscheinungen des gefährlichen Nierenanfalls sind noch nicht ganz geschwunden. Der Puls ist noch hoch (118), die Temperatur aber normal. Dieser Schwächezustand des Ministers erfordert auch weiterhin die größte Schonung, so daß außer kleinen Nahrungsmitteln und gelegentlich zu kurzer Zeit dem Unterstaatssekretär Mosele, seinem Vertreter im Finanzministerium, niemand an das Krankenbett darf. Die Schwellungen und die lokale Reaktion der Schenkelwunde und insbesondere auch die Schmerzhaftigkeit der Brust, der rechten Schulter und des Armes sind um ein Geringes besser.

Beleid der preußischen Regierung.

Berlin, 28. Januar. (Drahtnachricht.) Die preussische Staatsregierung hat an den Reichsfinanzminister Erzberger folgende Telegramm gerichtet: Mit der überwältigenden Mehrheit des preussischen Volkes weiß sich die preussische Staatsregierung eins in der Empörung über den gegen Sie verübten Anschlag und in dem Wunsch vor seiner Verurteilung aller sittlichen und politischen Verhältnisse, aus der allein solche Verbrechen erwachsen können. Die Staatsregierung hofft zuversichtlich, daß Ihre Vermutung über unsere Folgen für Ihre Gesundheit bestehen wird. Namens der preussischen Staatsregierung: Giesch.

Unsinnige Gerüchte über den Staatsbankrott.

Stuttgart, 28. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) In Stuttgart waren heute Gerüchte über den bevorstehenden Staatsbankrott verbreitet. Die württembergische Finanzminister Dr. Dieckhoff erklärte auf Anfrage, daß diese Gerüchte jeglicher Grundlage entbehren. Er könne jedoch von Berlin zurück, wo über die Übernahme der Eisenbahnen durch das Reich verhandelt worden sei und nicht, wie behauptet wird, über den Staatsbankrott. Kein einziger der führenden Männer der Regierung habe daran, den Staats-

bankrott zu erklären. Am wenigsten wäre für Württemberg, dessen finanzielle Verhältnisse vergleichsweise gar nicht unbedeutend seien, Anlaß dazu vorhanden.

Ein Spartaistenführer mit 24 seiner Genossen verhaftet.

Wetzlar, 28. Januar. Der Chemnitzer Spartaist Heinrich Wendler ist nach einer Meldung der Mannheimer „Koten-Fahrt“ mit 24 seiner Genossen im Rheinland verhaftet und in das Gefängnis von Wehl eingeliefert worden.

Weitere englische Truppen für Flensburg.

Wetzlar, 28. Januar. Gestern nachmittags ist hier an Bord des Dampfers „Edward Boermann“ der zweite Teil der für Flensburg bestimmten englischen Besatzungstruppen angekommen.

Folgenkündere Entlossen.

Wetzlar, 28. Januar. Im Marinepost-Verfahren erkrankte sich beim Verordnen von Schiffsbaumwolle eine Entlose. Fünf Personen wurden verwundet, davon zwei schwer.

Die Wiedererrichtung der Internationale.

Wetzlar, 28. Januar. Der ständige Ausschuss der unifizierten Sozialisten hielt am Dienstag eine Sitzung ab, um die Entschlossenheit des Reichs der Parteiführer über seine Reise nach der Schweiz, wo er mit der Parteiführung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei und mit Exzellenz von der deutschen sozialistischen internationalistischen Partei Verhandlungen zum Zweck der Wiedererrichtung der Internationale gepflogen hat.

Die bolschewistische Bedrohung Polens.

Wetzlar, 28. Januar. Nach der „Chicago Tribune“ hat der polnische Minister für auswärtige Angelegenheiten Patulski bei der Konferenz einen Brief abgemittelt, in dem er die Aufmerksamkeit der Alliierten auf die bolschewistische Bedrohung Polens lenkt.

Die ersten Wahlergebnisse aus Ungarn.

Budapest, 28. Januar. (Drahtnachricht.) Ungarn. Die ersten Wahlergebnisse sind bekannt geworden: 17 Sozialisten, 37 Radikale, 2 Parteien der kleinen Parteien, 4 Demokraten und 2 Parteien. 80 Wahlergebnisse fehlen noch.

Gerichtsamt der Antwort.

Berlin, 28. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Auf Grund von Informationen der „Kraantings“ ist bekannt, daß die deutsche Regierung folgende Fragen: Ist es richtig, daß die Strafverfolgung und Inhaftierung mehrerer deutscher Sozialisten erfolgt ist unter Verletzung der rechtlichen Bestimmungen, insbesondere ihrer Verhaftung unmöglich machen? Ist es richtig, daß dabei die eigenartigen Manipulationen mit Bezug auf den Gerichtsstand der Verfolgten vorgenommen worden sind, um den Forderungen der Entente in Bezug auf die Verhaftung in möglichst weitem Umfang entgegen zu kommen? Ist es richtig, daß sich die Dienststellen der deutschen Regierung gegenüber den Nachbarn der Kommissionen bis auf die letzten militärischen Führer im Dienst erstreckt?

Enthüllte Stimmen gegen die deutschen Streiks.

Berlin, 28. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Morning Post“ bringt Aussagen über die deutsche Arbeiterbewegung. Das einflussreiche Organ des englischen Hochlands und der rechtschaffenen Regierungskreise bezeugt die sozialistische Streiks in Deutschland als eine Lebensfrage, die die Alliierten direkt anerkennen und mit der Entente bald zu beschließen haben wird. Die Zustände in Deutschland gefährden ernstlich die Nachbarnverhältnisse Deutschlands an die Entente, die jetzt beginnen sollen. Die ungenügende deutsche Regierung hat weder Autorität noch Einfluss. Die Arbeiterbewegung durch internationalistische Maßnahmen die allgemeine Arbeitslosigkeit in Deutschland zu beschleunigen. Die Alliierten sind nicht bereit, sich an der inneren Staatsreform Deutschlands. Die Monarchie über Republik ist den Alliierten gegenüber gleichgültig. Nur durch einen Diktator kann die deutsche Bevölkerung zu bringen, zur Abkehr von den Geschäftsbeziehungen der Streiks und Sabotagegefahren. Die „Morning Post“ schließt: „Deutschland ist heute so weit, wie Frankreich war, als Bonaparte mit 200 Grenadiere die gefeierten Besatzung ausbehalten.“

Die Kampfweise der deutschnationalen Presse.

Der Verlauf der Verammlung, in der am Sonntag Herr Abg. Dr. Schreiber über das Thema „Nicht Parteilichkeit, sondern gemeinsame Arbeit der Weg zum Wiederaufbau Deutschlands“ sprach, hat bei der deutschnationalen Presse einen mächtigen Eindruck hervorgerufen. Um den guten Eindruck, den die Worte des demokratischen Redners bei jedem auch empfindenden und um die Rettung unter Deutschlands bedrohten Volksgenossen auslösten, in ihren eigenen Reihen nicht aufkommen zu lassen, greift die deutschnationalen Presse zu Kampfmitteln, die sie nur aus dem Schmutz der Gasse auflesen haben kann. Sachliche und vor der Mehrheit bestehende Gegenmeinung kann sie nicht anführen, daher muß die Person des politischen Gegners verhalten und soll unter einem Vogel niedrigster Schimpfart verächtlich gemacht werden. Man hat diese konteruitive Kampfweise schon in den früheren politischen Kämpfen kennen gelernt, und die Vertreter der Nation trübten darin zuerzogen eine literarischen Tiefstand aus, der uns in den Augen des Auslandes als das vollkommenste und verlogenste Volk hinstellen und in der Heimat jeden mit einem Gefühl des Ekel von dieser Art Dichtung erfüllen mußte. Jetzt, nachdem die deutschnationalen Presse die konteruitive Kampfweise übernommen hat, ist dies noch schlimmer geworden. Denn jetzt geht man gegen die Regierung und gegen jeden, der in erklärter Weigerung und aus Rücksicht auf Volk und Vaterland auf einer Wahrung der inneren Einheit besteht, anfordern, in einer Art und Weise, die ihre Geburtsstätte in der wiberlichen literarischen Gassenarbeit hat. Man will den politischen Gegner persönlich treffen, um ihm jede weitere öffentliche Betätigung zu verweigern. Nach diesem Rezept verfährt die „Halleische Zeitung“ bei ihrem Bericht über die Verammlung, in der Herr Dr. Schreiber sprach. Sie vergleicht den zur Eingetragten im Blick zur gemeinsamen Arbeit mahnenden Redner mit einem „gewöhnlich schmutzigen Eindringling“, dem ein Vertreter aus dem Volk in einer Wahrung der Einheit und der Gerechtigkeit zu übertragen wurde. Sie spricht von „irramer Dinge“ — Unrechtheit — Unwahrscheinlichkeit. Worte wie „Gemein“, „politischer Brunnenvergifter“ — und ähnliche Bezeichnungen werden als „Beneidung“ gegen seine Ausführungen und als „deutschnationalen Waffen gegen den politischen Gegner“ verstanden. Wie tief, wie beleidigend ist, muß diese Presse ihre eigene Gesellschaft geistig und sittlich einrichten, wenn sie ihr als Weigerung demokratischer Anschauungen und des ehrlichen Willens dem Vaterlande in seiner Not zu helfen, eine derartige Hoffverletzung sein. Jeder Handel ist auf einen von höherer Seite aussehenden Reich. Wir wollen das nicht näher untersuchen, denn die Zeit selbst muß hier besser. Beweis für die Verächtlichkeit oder Nichtberücksichtigung dieser vorläufig zweifelhaft beantworteten Frage bringen. Darf die deutschnationalen Presse diese gegen die Person des politischen Gegners gerichtete schmutzige Kampfweise weiter fortsetzen, dann ist damit auch die Antwort auf die erhobene Frage gegeben, und jeder, auch der auf Reinkultivierung und auf einen sachlich zu führenden Kampf haltende Feind der deutschnationalen Gesellschaft, weiß, woran er ist.

Denn wäre man eigentlich aus verständlichen Gründen mit der deutschnationalen Presse fertig, denn eine Polemik mit Worten dieser Tonart ist ausgeschlossen. Aber wiederum muß doch noch, auf die Gefahr einer neuen Tobstuchtsankal und eine neue Welle von Schmutzspitzen zu verurteilen, berührt werden. Es verdient in der Öffentlichkeit erwähnt zu werden, daß der deutschnationalen Parteiführer Munnich in der demotretischen Verammlung den bekannten Ruf von sich ausging, nicht in seine Forderung nach einem Staatsbankrott als Eingetragten hinauszuweisen verurteilt. Das ist in der Herrn Munnichs ausfalligen Reden verständlich, weil aber in seiner Wirkung auf die Augenfreudigkeit der Partei als verurteilt anzusehen sein. Denn Herr Munnich verurteilt, daß der Vorsitzende des halleischen deutschnationalen Vereins als Leiter der halleischen Verammlung diesem deutschnationalen Staatsbankrott als Förderer ganz besonders Dank auszusprechen und damit doch zum mindesten seine und des Vorstandes Auffassung mit derjenigen eines Komitees identifizieren. Und solange nicht der Vorstand des deutschnationalen Vereins selbst eine die Aufklärung dieses Rufes als verwerflich bezeichnende Erklärung abgibt, bleibt nur die logische Folgerung übrig, daß der Ruf nicht nur, sondern auch dem eigenen Reich der halleischen Zeitung mündlich sagte: „Ein Staatsbankrott ist ja gar nicht so durchzuführen“ — unterzeichnet, und gegen den Rufenden auf-



